BOLSCHEWIK

Gruppe Spartakus

Nr. 8 Oktober 1995 DM 1,-

5 Jahre Wiedervereinigung:

Sozialer Kahlschlag, Nationalismus und Repression

Die öffentliche Stimmungsmache kann nicht darüber hinwegtäuschen: Die kapitalistische Wiedervereinigung 1990 war für die *breite Masse* der Bevölkerung - ob im Osten oder Westen - Ausgangspunkt einer rasanten Verschlechterung ihrer sozialen und politischen Situation. Im Osten bedeutete die de fakto widerstandslos erfolgte Abwicklung des bürokratisch deformierten Arbeiterstaates DDR den Verlust eines garantierten Arbeitsplatzes bzw. einer auskömmlichen Rente, das Ende einer soliden Gesundheitsversorgung, eines umfassenden Bildungssystems, preiswerten Wohnraums für alle und die Schließung von Kindergärten. Soziales Elend wie Obdachlosigkeit und Hunger - man muß daran erinnern - kannte die DDR, im Unterschied zur BRD, nicht. Zwar hatte die parasitäre stalinistische Bürokratie die nichtkapitalistisch organisierte Wirtschaft der DDR als einen Selbstbedienungsladen angesehen. Die Borniertheit und der Konservatismus der SED, die politische Unterdrückung, das Ausschalten der Arbeiterdemokratie hatte zudem die DDR-Wirtschaft in die Sackgasse geführt. Es wurde immer dringlicher, diese Bürokratenkaste durch eine proletarische politische Revolution zu stürzen. Aber, bei aller grundsätzlichen Opposition gegenüber den Bürokraten: der Kapitalismus sollte in der DDR nicht wieder eingeführt werden, die erfolgte Enteignung der Kapitalisten auf ostdeutschem Boden mußte verteidigt werden. *Kampf der kapitalistischen Konterrevolution - Für Arbeiteraktionen zur Verteidigung der DDR* waren 1989/1990 zentrale Forderungen des revolutionären, trotzkistischen Programms. Denn - das war voraussehbar - sollte die "Anschlußpolitik" an die BRD durchkommen,

> "würden die Werktätigen in der DDR ihre *historischen Errungenschaften* verlieren: nämlich die durch die entschädigungslose Enteignung der Kapitalistenklasse erst möglich gewordene soziale Absicherung aller. ... Auch für die Lohnabhängigen in der BRD wird die kapitalistische Wiedervereinigung scharfe Angriffe auf die soziale Lage und politischen Rechte zur Folge haben, denn die Einführung des Kapitalismus in der DDR und die geplante ökonomische Unterjochung der Völker des Ostens kann die Bourgeoisie nicht ohne die weitere Auspressung der westdeutschen Arbeiterklasse finanzieren. Die Zunahme der im Westen schon existierenden Massenarbeitslosigkeit um Millionen in der DDR wird den Druck auf das BRD-Proletariat erhöhen" (*Bulletin* 2, Mai 1990).

Mit dieser Prognose hatten wir leider Recht!

Die heutige Misere im Osten

Während die breite Masse schweigt und sich nirgendwo ein Organ findet, das massenwirksam die oftmals verzweifelte Lage darstellt, ist die Stimmung in der Bourgeoisie und in den wenigen prosperierenden kleinbürgerlichen Schichten fröhlich. Die liberale Journaille gibt das Wiedervereinigungs-Festtagsgefühl dieser ausbeuterischen Minderheit wieder, wenn sie, wie *Der Spiegel*, z. B. folgendermaßen kommentiert: "Im Osten viel Neues: Die Einkommen steigen, die Firmen werden wettbewerbsfähiger, die Bürger schöpfen neues Selbstbewußtsein ..." (36/95). Diese Beschreibung ist schon mehr als dreist. Finanziell am meisten profitiert von der "Wende" haben laut *Spiegel* ... die Rentner (!), deren Einkommen von (durchschnittlich!) 590 DM auf 1 240 DM gestiegen seien - offensichtlich Einkommen, die bei den rasant steigenden Lebenshaltungskosten auch im Osten nicht als Existenzminimum angesehen werden können. In seiner Studie gibt der *Spiegel* darüberhinaus zu, daß "die heute 40-50jährigen die Verlierergeneration der Einheit [sind]" sowie: "Die Frauen gehören zu den Hauptverlierern der Einheit. Zwei Drittel aller ostdeutschen Arbeitslosen sind weiblich." Rechnet man weiter ein, daß es für Jugendliche nicht genügend Ausbildungsplätze gibt und die Arbeitslosigkeit gerade auch in dieser Schicht besonders hoch ist, dann bleiben in der Auflistung des *Spiegels* wohl v. a. noch die 20-40jährigen abhängig Beschäftigten übrig. Deren Einkommen kann so üppig aber nicht sein, denn in über 33% der ostdeutschen Unternehmen wird unter Tarif gezahlt (*DIW-Wochenbericht* 27-28/95), wobei bekanntlich die Tariflöhne im Osten ohnehin schon niedriger als im Westen sind. Die Bundesanstalt für Arbeit weist im August eine offizielle Arbeitslosenrate von 14,8% für die ex-DDR-Gebiete aus, wobei z. B. Kurzarbeit, Fortbildung und Umschulung, Frühberentung und ABM, "Hausfrauen-wider- Willen" oder statistische "Sozialhilfeempfänger" (also solche, die schon jahrelang eine Arbeitsstelle suchen) die Zahlen schönen helfen. In ländlichen Gebieten wie Mecklenburg-Vorpommern muß man offiziell schon 28% Arbeitslosigkeit zugeben, inoffizielle Schätzungen z. B. von Fortbildungsträgern belaufen sich dagegen auf 50-60%.

Also Aufschwung, "blühende Landschaften" in den Neuen Bundesländern? Antwort: Na klar, das Kapital hat allen Grund zu feiern; endlich steigende Profite bei immer weniger ArbeiterInnen. Die Masse der ostdeutschen Bevölkerung ist allerdings in den letzten 5 Jahren auf der Strecke geblieben.

Inhalt:

5 Jahre Wiedervereinigung ..... S. 1
Das Aus für Flächentarifverträge? ..... S. 8
Kampf der anti-kurdischen Hetze! ..... S. 10
Rettet Mumia Abu-Jamal! ..... S. 11
Zum Aktionseinheitsverständnis der IKL ... S. 12
Der irische "Friedensprozeß" ..... S. 20

Redaktionsschluß: 21.09.95

Dieser Ausgabe liegt bei: BOLSCHEWIK-Extra vom 04.09.95 "Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus ex-Jugoslawien!"

BOLSCHEWIK
Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:
M. Martin, Postfach 210 254
10502 Berlin

Erscheint im Selbstverlag

V. i. S. d. P.: M. Martin, 10502 Berlin

Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,-
(erscheint unregelmäßig)

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

Kahlschlag-Offensive der Herrschenden

Die kapitalistische Wiedervereinigung 1990 war für die deutsche Bourgeoisie die Grundlage, ihre Angriffe auf die Lohnabhängigen, die unteren kleinbürgerlichen als auch die sub-proletarischen Schichten zu verschärfen. In einer *bürgerlichen Offensive*, vorgetragen von Unternehmern und Regierung unter Einschluß der SPD- und Grünen-"Opposition", werden wir seitdem mit immer neuen Anschlägen auf den Lebensstandard bombardiert: "Solidarzuschlag", Steuerhöhungen, drastisches Herunterfahren der staatlichen Sozialausgaben, Pflegeversicherung, Reallohnkürzungen, Mieterhöhungen, Aushöhlung der Flächentarife durch "Öffnungsklauseln", Rationalisierungsdruck, Verstärkung der Arbeitshetze durch "Flexibilisierung", Massenentlassungen ... die Liste ließe sich unbegrenzt fortsetzen (s. a. *BOLSCHEWIK* 3).

Zur Offensive gehört auch die Mitte August lancierte Unverschämtheit, in den ersten beiden Krankheitswochen das Gehalt um 20% zu kürzen. Da die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in 80% der Fälle tariflich geregelt ist, demnach ein frontaler Angriff auf die Tarifautonomie unternommen werden müßte, scheinen die Damen und Herren Demokraten aus taktischen Gründen einen solchen Schlag erst einmal hintenanzustellen. Zwar forderte "Arbeitgeber"-Präsident Murmann, daß das Thema auf keinen Fall von der politischen Tagesordnung verschwinden dürfe. Die Herrschenden scheinen sich jedoch fürs erste insbesondere die "Reform" der Sozial- und Arbeitslosenhilfe vorgenommen zu haben.

Kapitalfreundliche Schnitte bei der Arbeitslosenhilfe ...

Blüms Anfang Juli bekannt gewordenen Änderungsvorschläge der Arbeitslosenhilfe orientieren sich an der Umstellung der Arbeitslosenhilfe auf den sogenannten *Marktwert* des Empfängers. Berechnungsgrundlage für die Arbeitsamtsleistungen soll nicht mehr wie bisher das letzte Nettoeinkommen sein, sondern die aktuelle "Verwertbarkeit" auf dem Arbeitsmarkt. Es versteht sich von selbst, daß mit zunehmender Länge der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenhilfe abnimmt. Darüberhinaus sollen Ersparnisse und das Einkommen Verwandter stärker als bisher angerechnet werden; familiäre Abhängigkeiten und die Verschärfung staatlicher Kontrolle werden die Folge sein. Insgesamt soll der *Arbeitszwang* erhöht werden. Wer etwa schlecht bezahlte Saisonarbeit (z. B. als Erntehelfer) verweigert, dem drohen nach Blüms Entwurf drastische administrative Maßnahmen: zunächst Kürzung und dann Streichung der Arbeitslosenhilfe für mindestens zwölf Wochen. Nimmt der Arbeitsuchende jedoch die schlechtbezahlte Arbeit an und wird später wieder gekündigt, landet er auch so bei der beabsichtigten reduzierten Arbeitslosenhilfe, da diese sich ja

nach dem (geringeren) Einkommen richtet. Ziel des Vorhabens ist 1) die Kassen des Bundes für andere Aufgaben (wie Unternehmenssubventionen oder Polizei-und Bundeswehraufrüstung) zu entlasten, 2) das vorhandene, bisher stark berufsgebundene Reservoir von Arbeitskräften zu flexibilisieren, 3) Langzeitarbeitslose, die bisher faktisch keinen Konkurrenzdruck mehr auf ihre bisherige Lohn- und Berufsgruppe ausgeübt haben, als zusätzliche (überqualifizierte) Konkurrenten in geringer qualifizierte und bezahlte Bereiche umzuleiten, um so insgesamt den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken, 4) die kapitalistische Arbeits- und Leistungsmoral wieder in den Vordergrund zu stellen. Klartext Blüm: Ohne Senkung der Arbeitslosenhilfe gebe es keinen Anreiz, eine neue Arbeit mit niedrigerer Bezahlung aufzunehmen (*jW*, 17.07.95). Und wie niedrig diese Bezahlung werden kann, wird klar, wenn man sich vor Augen hält, daß derzeit nur 2,3% mehr als 1 000 DM Arbeitslosenhilfe monatlich erhalten (*ebenda*).

Im Windschatten der geschilderten Vorschläge versucht sich Blüm laut DGB-Vize Engelen-Kefer auch erneut am Arbeitslosengeld (*Berliner Zeitung*, 11.07.95). Künftig sollen Arbeitslose bereits nach einem halben Jahr für jede Tätigkeit vermittelt werden können, wenn der Lohn der Höhe des bisherigen Arbeitslosengeldes entspricht. Das heißt nicht nur, daß z. B. ein Facharbeiter gezwungen werden kann, in der Stellung eines Ungelernten für einen Teil seines alten Einkommens zu arbeiten. Vielmehr kann sich für ihn bei erneuter Arbeitslosigkeit die Spirale nach dem gleichen Prinzip noch weiter nach unten drehen. Ziel der Verschärfung sowohl der Arbeitslosengeld- als auch der Arbeitslosenhilferegelung ist deren drastische zeitliche Befristung und, angesichts eines stetig wachsenden Arbeitslosenheeres, die möglichst schnelle Abschiebung in die Sozialhilfe.

... drastische Kürzungen der Sozialhilfe

Bisher galt zumindest in der Theorie, daß der Zweck der Sozialhilfe in der Sicherung eines halbwegs menschenwürdigen Existenzminimums bestehe (Bedarfsdeckung). Doch jetzt entdecken Politiker wie Seehofer mit einem Mal, daß man von der Sozialhilfe (Faustregel: 560 DM plus Miete) angeblich in Saus und Braus leben könne. Seehofer beabsichtigt die Einführung eines 15%igen Abstands der Sozialhilfe zu unteren Lohngruppen, was eine pauschale 15%ige Kürzung der Sozialhilfe zur Folge haben wird. Da sich die Festsetzung des "Existenzminimums" an der Sozialhilfe orientiert, verdient der Staat gleich zweimal. Er spart an der Sozialhilfe und zugleich fällt das steuerfreie Existenzminimum niedriger aus. Darüber hinaus bedient es die Unternehmer mit der Aussicht auf weitere Lohnkürzungen. Denn - so die "Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber" 1993 - das Sozialhilfeniveau wirke wie ein künstlich hochgehaltener Mindestlohn (*jW*, 17.07.95).

Hauptziel der Seehofer-Pläne ist die sog. "Förderung der Arbeitsaufnahme": Die Einstellung derjenigen, die länger als ein halbes Jahr Sozialhilfe beziehen, soll durch die Zahlung von Lohnkosten- und Einarbeitungszuschüssen vom Sozialamt an den Unternehmer gefördert werden. Dadurch wird Billiglohnarbeit staatlich unterstützt und aus Sozialhilfegeldern werden Unternehmenssubventionen. Desweiteren ist die Überlassung der Sozialhilfeempfänger zur Leiharbeit geplant. Saisonarbeiten wie Ernteeinsätze gelten als zumutbar, ihre Ablehnung soll künftig verstärkt bestraft werden. Bei Ablehnung *muß* die Sozialhilfe zunächst um ein Viertel gekürzt werden; danach kann sie völlig gestrichen werden. Die gleichen Sanktionen gelten auch bei Ableh-

nung der sog. "Arbeitsgelegenheiten", d. h. der 1993 eingeführten staatlichen Zwangsdienste (z. B. Parkreinigung) für zwei bis drei Mark pro Stunde zusätzlich zur Sozialhilfe (vgl. *ebenda* und *Berliner Zeitung*, 29.03.95). So entsteht ein Billiglohnarbeitsmarkt, der Druck auf die gesamte Lohnstruktur und die Arbeitsbedingungen (Arbeitsrecht, -zeiten, -sicherheit, -tempo, -zeiten) ausübt. Auf diese Art sollen alle von der Arbeiterbewegung mühsam erkämpften Ausbeutungshemmnisse weiter zurückgedrängt werden.

Das dringend benötigte Kindergeld soll übrigens voll mit der Sozialhilfe verrechnet werden. Dies trifft Alleinerziehende - meist Frauen - besonders hart. Ihnen bleibt dann oft gar keine andere Wahl, als während der Schulzeit ihrer Kinder schlechtbezahlte, ungeschützte und oft auch ungesunde Teilzeitjobs anzunehmen. Gleichzeitig strebt die Regierung eine Kürzung der Sozialleistungen für Flüchtlinge um 20% an, um so 1,3 Milliarden einsparen zu können (*jW*, 28.07.95). Seehofer hat darüberhinaus ein "Ausländerleistungsgesetz" "zur Neuregelung der Sozialhilfe für Nicht-Deutsche" in den Bundestag eingebracht, das analog zum "Asylbewerberleistungsgesetz" auch für Bürgerkriegsflüchtlinge und sog. "geduldete Ausländer" nur noch Versorgung in Sachleistungen, d. h. unter anderem Gutscheine für festgelegte Waren und Geschäfte sowie eine stark eingeschränkte medizinische Versorgung vorsieht. (Diese von Seehofer angestrebte rassistische Regelung wird bereits heute rechtswidrig in vielen Bundesländern praktiziert - allen voran in den von der SPD regierten Bundesländern Brandenburg und Thüringen.)

Militante Gegenwehr ist nötiger denn je

Nach Schätzung der Kirchen leben in Deutschland derzeit bereits sieben Millionen Menschen an oder unter der Armutsgrenze (*Berliner Zeitung*, 30.03.95). Die beabsichtigten Schläge gegen "die Ärmsten der Armen" treffen insbesondere die sozialen Gruppen, die über keinerlei Lobby, keine eigenen Kampforganisationen verfügen. Speziell über die Einführung des Arbeitszwangs ("zweiter Arbeitsmarkt") soll die Position der lohnabhängig Beschäftigten mittelbar weiter geschwächt werden. Nicht nur, daß große Lohnunterschiede den Aufbau einer gemeinsamen Widerstandsfront erschweren. Eine Reservearmee aus verzweifelten und erbitterten, schlecht bezahlten ArbeiterInnen könnte für die Kapitalisten wichtige Streikbrecherdienste leisten. Das Feld für immer schärfere Angriffe auf die Arbeiterklasse wird so bestellt.

Es ist daher im Sinne aktiver Solidarität notwendig, daß gegen diesen kapitalistischen Rundumschlag die kämpferische Einheit zur Verteidigung aller Unterdrückten unter der Führung der Arbeiterbewegung hergestellt wird. Mit der ganzen sozialen Macht der Lohnabhängigen müssen sich insbesondere die Gewerkschaften für die Rechte der Erwerbslosen einsetzen. Die *Reduzierung der Arbeitszeit*, *kräftige Lohnerhöhungen* bei gleichzeitiger Integration der Arbeitslosen in das Berufsleben sind z. B. Forderungen, die den Kampf gegen die Spaltung in Lohnempfänger und Arbeitslose vorantreiben. *Einstellung erwerbsloser Frauen* bei *gleichem Lohn für gleiche Arbeit*, der quantitative und qualitative Ausbau gesellschaftlicher Einrichtungen und Dienstleistungen zur Aufhebung der Hausarbeit, die Möglichkeit der beruflichen Ausbildung für Frauen auch in sogenannten "Männerberufen" sind ebenfalls Forderungen, die Bestandteil einer anti-kapitalistischen Gegenoffensive sein müßten. Gegen die Macht der Bourgeoisie kann das Proletariat nur gemeinsam, auf internationalistischer und anti-rassistischer Grundlage erfolgreich sein. Die Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis für volle *staatsbürgerliche Rechte der hier lebenden ImmigrantInnen*, die *Wiederherstellung des Asylrechts* würden helfen, auch diese Schichten an die Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter zu führen. Solche o. ä. ökonomische und politische Forderungen, die sich aus den konkreten Angriffen der Kapitalisten ergeben, müssen in einem Programm zusammengefaßt werden, das die Verbindung zwischen den notwendigen Abwehrkämpfen und dem Kampf für eine *Arbeiterregierung*, basierend auf der *entschädigungslosen Enteignung der Kapitalistenklasse*, herstellt.

Der soziale Terror des Kapitals droht in den kommenden Jahren, Millionen Menschen mitten im reichsten Land der Erde in Armut zu stürzen. Angesichts dieses bürgerlichen Generalangriffs fällt DGB-Chef Schulte jedoch nichts Besseres ein, als, lt. *Tagesspiegel*, zusammen mit SPD-Chef Scharping in einem Positionspapier "Umbau und Erneuerungen des Sozialstaates ohne systemverändernde Demontage" einzuklagen und sich dabei u. a. um die "Senkung der Lohnnebenkosten", "Kosten des Sozialstaates" und darüber wie Arbeit "flexibler zu organisieren" sei, Sorgen zu machen (*Tsp*, 13.05.95). Im Gegensatz zu solchen Anbiederungen an das Kapital ist es notwendig, in breiten Mobilisierungen der Arbeiterklasse die sozialen Errungenschaften ohne wenn und aber zu verteidigen. Dies erfordert die völlige *Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Staat und Kapital* und die Herausbildung konsequenter, klassenkämpferischer Führungen. Die jetzige Gewerkschaftsführung betreibt dagegen das Geschäft des Kapitals. Doch die Gewerkschaften gehören den ArbeiterInnen. Im Kampf gegen die bürgerliche Offensive müssen sie sich zunächst auch und vor allem ihr eigenes Haus zurückerobern und die Gewerkschaften demokratisieren. Aufzubauende klassenkämpferische, auf die konsequente Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen ausgerichtete Gewerkschaftszusammenschlüsse der Basis können in diesem Sinne einen antibürokratischen Pol bilden.

Der Abriß des "Sozialstaates" ...

In *BOLSCHEWIK* 7 haben wir den internationalen Vormarsch des deutschen Imperialismus analysiert. Das direkte militärische Eingreifen der BRD in Bosnien unterstreicht den Willen der deutschen Bourgeoisie, bei der internationalen (Neu-)Aufteilung und Verteidigung der Interessensphären ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Für diese außenpolitischen Herrschaftsambitionen muß die Bevölkerung in Deutschland auf Linie gebracht werden.

Ein wesentlicher Grund für die bürgerliche Offensive im Innern ist die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes. Auf diesen reagieren die deutschen Kapitalisten einerseits mit Produktionsauslagerungen. Andererseits, da die Arbeitsproduktivität in Deutschland in vielen Bereichen hoch bleibt, werden die ArbeiterInnen mit der Kampagne für den "Standort Deutschland", also mit einer Offensive für die Senkung der Produktionskosten im Inland, konfrontiert. Das deutsche Kapital hat, entgegen des offiziellen Gejammers, recht "schnell und flexibel" auf die neue Weltlage reagiert. Ebermann und Trampert ist hier wohl einmal zuzustimmen, wenn sie feststellen:

> "Diverse Strukturveränderungen in der Arbeitsorganisation, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung, Auslagerung von Arbeitsstufen in mittelständische und dienstleistende Sektoren, Arbeitsübertragungen auf unversicherte Honorararbeitskräfte, Verlegung arbeitsintensiver Produktion in den neu erschlossenen europäischen Osten und verlängerte Maschinenlaufzeiten haben große Einsparungen gebracht ... Die am Standort Deutschland produzierten Waren zählen bei gleichbleibend hoher Qualität zu den preisgünstigsten auf dem Weltmarkt. Soweit die Tatsachen ... Viel deutsche Hast hat ihre Ursache darin, daß das Kapital fürchtet, strategisch ins Hintertreffen zu geraten, wenn es die günstige Gelegenheit versäumt, die ihm die herrschende Stimmung und die aktuelle Lage bieten" (*konkret* 3/95).

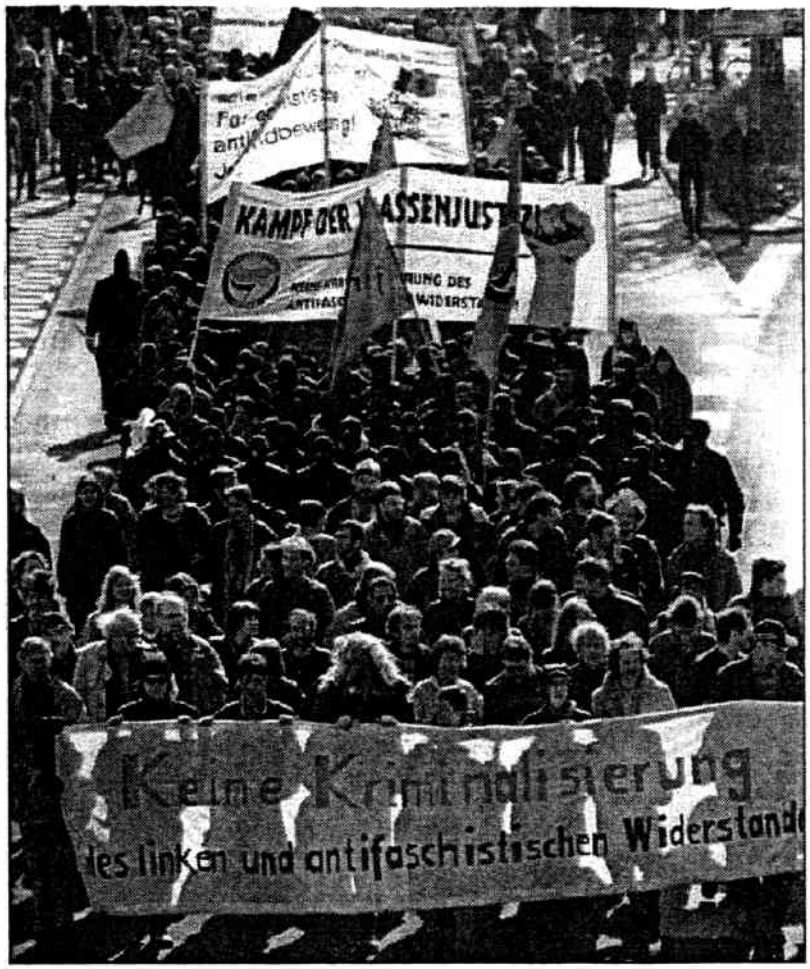
"Nicht Kleckern, sondern Klotzen": Die Unternehmer wollen *jetzt* den großen Umbau; sie wollen keine Senkung des sozialstaatlichen Niveaus auf Raten, sondern einen großen Schnitt, den *unwiderruflichen Bruch mit dem Sozialstaat.* Beim Kampf um die vorderen Plätze auf dem Weltmarkt geht es schließlich - auch nach bzw. vor der nächsten Konjunkturkrise - um die Wurst; und diese will das Kapital ganz und nicht mehr scheibchenweise serviert bekommen. "Wir müssen die Krise jetzt nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif ... Wir wollen und müssen erstklassig bleiben" und dazu "die gesamte Gesellschaft entschlacken", so der Unternehmerführer Necker (zit. n. *konkret* 9/93). Der Kitt des "Sozialstaates", der die BRD mit unbestreitbarem Erfolg für die Herrschenden jahrzehntelang zusammenhielt, ist den Unternehmern in Anbetracht der härter werdenden internationalen Konkurrenz zu teuer und nach dem konterrevolutionären Sieg über die deformierten Arbeiterstaaten im Osten, speziell die DDR, überflüssig. Die Herren der "NATO-Aktiengesellschaft" wollen nun allerorten die Kalte-Kriegs-Rendite einfahren - auch die zu spät gekommenen Deutschen, die Verlierer des II. Weltkrieges.

Die Politik des Bruchs mit dem "Sozialstaat" stellt aber auch zunehmend die "Sozialpartnerschaft" in Frage. "Sozialpartnerschaft" bedeutet "Interessensausgleich" zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen - zugunsten der Kapitalisten, die den Lohnabhängigen einen geringen Anteil des kapitalistischen Kuchens überlassen. Mittlerin dieses Deals war die sozialdemokratische Arbeiterbürokratie. Das "Elend des Reformismus" (Trotzki) wird insbesondere dann offensichtlich, wenn die Kapitalisten nichts mehr zugestehen wollen und die Bürokraten von ihrem Verrat an den Arbeiterinteressen auch nicht mit noch so kleinen Almosen ablenken können. "Sozialpartnerschaft" in Deutschland reduziert sich so zunehmend auf die Einbindung der Gewerkschaften in die Offensive der Unternehmer. Am Ende dieser Talfahrt steht dann, wie z. B. in den USA, eine politisch und moralisch völlig diskreditierte Gewerkschaftsbewegung, deren politische Bedeutung gegen Null tendierte.

... und das Entfachen des deutschen Nationalismus

Aber wo in zunehmendem Maße gelitten wird, wird die Eintrichterung "höherer" Werte umso notwendiger. Um den Widerstand möglichst gering zu halten und sich die Loyalität der Untertanen zu sichern, setzen die Herrschenden der "neuen" BRD verstärkt auf die Bildung eines *nationalistischen Konsenses* mit der Bevölkerung. Programmatisch schreibt Altbundeskanzler und *Zeit*-Herausgeber Helmut Schmidt in seinem 1993 erschienenen Buch *Handeln für Deutschland*, im gleichen Sinne wie Kohl oder Schäuble, und ohne ein Blatt zuviel vor den Mund zu nehmen:

> "Weil es in der alten (!) Bundesrepublik an einer nationalen Identität als Rechtfertigung (!) des Staates gefehlt habe, sei das wichtigste Element der Legitimation des Staates sein Charakter als Sozialstaat geworden, und dies bedeute, daß die staatsbürgerliche Loyalität abhängig sei vom Ausmaß, in dem der Staat die sozialpolitischen Erwartungen einlöst, so hat Kurt Biedenkopf kürzlich gesagt. Wenn dies die ganze Wahrheit wäre (was Biedenkopf keineswegs behauptet hat), müßten wir sehr besorgt sein, denn auf absehbare Zukunft werden manche sozialpolitische Erwartungen nicht einglöst werden können ... Sozialpolitische Wunscherfüllung allein kann auf die Dauer keinen Staat legitimieren ... Nicht nur die Definition unseres Staates als Rechts- und Verfassungsgemeinschaft greift zu kurz, sondern ebenso die Annahme, es handele sich um eine höheren Lebensstandard garantierende Institution. Es ist vielmehr das Bewußtsein



der Deutschen als einer Nation, ... Wir dürfen deshalb das Bedürfnis nach deutscher Identität keinesfalls vernachlässigen" (S. 179 ff).

Die "konsensbereite Vertragspartnerschaft" von sozialen und politischen Klassenparteien soll zunehmend durch die Gemeinschaft angeblich unterschiedsloser Deutscher verdrängt werden:

"Aber die Zugehörigkeit zu ein und derselben Nation ist wiederum wichtiger als die Zugehörigkeit zu einer Partei oder gar die Berufung auf abstrakte Ideologien" (ebenda, S. 185).

Über die massenhafte Wirkung nationalistischer Propaganda in der BRD - "Wir sitzen alle in einem Boot" - kann kein Zweifel bestehen. Viele sind tatsächlich "reif"-geschossen (Necker) und bereit, die eigenen Klasseninteressen auf dem Altar der Nation zu opfern. Laut Forsa- und Infas-Umfragen meinten z. B. Ende '93 81% der BundesbürgerInnen, sie hätten "über ihre Verhältnisse gelebt" (zit. n. *konkret* 9/93). Zwei Drittel der Befragten waren/sind auch bereit, weniger Urlaub zu machen oder treten für einen starken Mann an der Spitze ein. Überschriften wie "Auslandseinsätze der Bundeswehr sind schon längst Tradition!" (*Bild*, 06.07.95) sollen das patriotische Herz höher schlagen lassen:

"In Kambodscha (1993) fand Sanitätsfeldwebel *Arndt* als erster deutscher Soldat im Rahmen einer UN-Aktion den Tod. Über Bosnien wurde beim Abwurf von Hilfsgütern der erste schwer verwundet. Die Bundeswehr ist längst nicht mehr zum Paradieren da" (*ebenda*).

Die Verstärkung des Militarismus fördert die Liebe zum Vaterland; für Deutschland zu sterben soll sich wieder lohnen. Komplementär zur Propaganda des deutschen Nationalismus verhält sich der staatlich geschürte Rassismus, der sich nach dem Terror in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen - mittlerweile jenseits allen Medienspektakels - weiterhin in mörderisch-brutalen Angriffen entlädt. Bestandteil von Nationalismus und Rassismus ist das Erstarken des Sexismus, der u. a. in der Wiederauflage des Klassenparagraphen 218 als auch in der Neubelebung "deutscher Familienwerte" seinen Ausdruck findet.

Wo soviel Einsatz an der Produktions- und Kriegsfront erwartet wird, verläßt sich die Bourgoisie allerdings keineswegs nur auf das nationalistische Einseifen der Bevölkerung. Sie ist sich darüber im Klaren, daß Nationalstolz nicht automatisch für alle Zeiten über soziale Einbußen hinwegtröstet und Angriffe auf soziale Errungenschaften sehr wohl zu spontanen Protesten führen können. Deshalb ergänzt der bürgerliche Staat, wohlüberlegt, das Arsenal der ideologischen Waffen um die Mittel der direkten Unterdrückung.

Kriminalisierung der außerparlamentarischen Linken

Nachdem die ständigen Illegalisierungsdrohungen gegen die PDS ihre Wirkung beim fortschreitenden Rechtskurs dieser Partei nicht verfehlten, konzentriert sich die staatliche Verfolgung aktuell auf die Reste der außerparlamentarischen Linken in der BRD. Die letzten Kristallisationskerne linker Politik sollen vorsorglich zerstört werden. Kriminalisierungen nach den Staatsschutzparagraphen 129 und 129a sollen diese Linke weiter isolieren und eine abschreckende Wirkung z. B. im legalistischen Gewerkschaftsmilieu oder bei sich politisierenden Jugendlichen hervorrufen. Obwohl die Angeklagten im Antifa M-Prozeß freigesprochen werden mußten, sollte mit der langen "Untersuchungsphase" des "terroristischen Umfeldes" in Göttingen, der tonnenweisen Beschlagnahme von Material, der bundesweiten Durchsuchung von Wohnungen, Buchläden und Druckereien, mit Telefonüberwachungen und Bruch des Briefgeheimnisses der über Göttingen hinausreichende recht erfolgreiche *militante* Widerstand durchleuchtet und unterdrückt werden. In diesem Kontext muß auch der vor einiger Zeit erfolgte Schlag gegen die Zeitung *radikal*, bei dem vier Leute verhaftet wurden, erwähnt werden. Demonstrationen der außerparlamentarischen Linken werden darüberhinaus zum Anlaß polizeilicher Gewalt-Orgien. Obligatorische Personenkontrollen und Videoüberwachung sind noch das Geringste, was die TeilnehmerInnen auch kleinerer Demonstrationen erwartet. Vorgehensweisen wie bei der Berliner Anti-Reagan-Demo oder an der Frankfurter Startbahn West - brutale Knüppeleinsätze, gezielte Verhaftungen und die Einkesselung der DemonstrantInnen - sind mittlerweile zum Alltag geworden.

Eine zweite Achse der staatlichen Repression gegen die außerparlamentarische Linke markiert das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen. Der im Zusammen-

Berliner Bullen üben für den Bürgerkrieg

Stimmungsmache mit rassistischen Hintergedanken

spiel mit der türkischen Regierung ausgeführte blutige Terror, u. a. die Abschiebung in türkische Folterknäste, richtet sich auch gegen die politische Betätigung von ImmigrantInnen in Deutschland allgemein. So forderte Zeitlmann (CSU),

> "... das Demonstrationsrecht für Ausländer einzuschränken. Zeitlmann vertrat die Ansicht, daß das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf Versammlungsfreiheit ein Bürgerrecht sei und nur für Deutsche gelte" (*FR*, 04.08.95, zit. n. *Kurdistan-Rundbrief* 16, 10.08.95).

ImmigrantInnen sollen mundtot gemacht werden. Eine Verbindung deutscher ArbeiterInnen mit ihren KollegInnen aus anderen Herkunftsländern wird so zusätzlich erschwert. Darüberhinaus wird das allgemeine legale Unterdrückungsinstrumentarium weiter ausgebaut. "Drogenkartelle", das "Organisierte Verbrechen", die "Mafia" und andere "finstere" Gestalten zumeist "nicht-deutscher" Herkunft bedrohen angeblich "unsere" "saubere" Demokratie, die sich deshalb mit der Möglichkeit des "Großen Lauschangriffs" zur Wehr setzen müsse. Doch Korruption und Durchstecherei beginnen bekanntlich in dieser Gesellschaft ganz oben; die "Kriminellen", oftmals nur schwer von den "Legalen" zu unterscheiden, sind (inoffizieller) Bestandteil des Systems. Massenhafte Wirkung würde eine offiziell legalisierte schrankenlose Bespitzelung bei allen kritischen Elementen dieser Gesellschaft zeigen. Der "Große Lauschangriff" hat vor allem die Einschüchterung zum Zweck; schließlich reicht für den Lauschangriff auf die Privatsphäre der bloße Verdacht; ein laufendes Ermittlungsverfahren ist nicht Voraussetzung. Von dieser allgemeinen Bedrohung durch die staatliche Kontrolle wird abgelenkt, indem die Debatte über das "Organisierte Verbrechen" ausschließlich über "Ausländer" geführt wird. Aber noch in einem weiteren Sinn muß diese rassistische Orientierung ernstgenommen werden: In der völkischen Sicht der Kriminalität ("Deutsche arbeiten ehrlich, Polen klauen, Albaner killen, Afrikaner und Türken dealen" usw.) werden ImmigrantInnen zu Freiwild gestempelt.

Staatliches und faschistisches Zusammenspiel

Folgt man der öffentlichen Meinungsmache, so muß man glauben, daß wenigstens die faschistische Gefahr in Deutschland nach den Höhepunkten 92/93 in Solingen und anderswo eingedämmt worden ist. Kanthers Verbote der Wiking Jugend, der Nationalen Front oder auch der FAP, die dann doch erfolgte Verurteilung des NPD-Vorsitzenden Deckert oder das jüngste offizielle Tra-ra um die Auslieferung Laucks an die BRD könnten diese Ansicht bestärken. Doch der offizielle Schein trügt, eine Entwarnung an der anti-faschistischen Front ist nicht angesagt!

Selbst nach den Angaben des Verfassungsschutzes sind "Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremen Hintergrund" zwar einerseits zurückgegangen von 10 561 (1993) auf 7 952 (1994). Diese pendeln sich aber, insgesamt gesehen, auf recht hohem Niveau ein (1993: 1 609 "rechtsextreme Gewalttaten", 1994: 1 489) (alle Zahlen zit. n. *Antifaschistische Nachrichten*, 04.07.95). Die Nazis haben ihre Aktivitäten nicht ein-, sondern nur umgestellt. Viele führende Köpfe der verbotenen Organisationen laufen weiterhin ungehindert herum und den (nicht greifenden) Verboten stehen Dutzende von Verfahrenseinstellungen und Urteilsaufhebungen gegenüber. Oftmals lange vorher von der drohenden Illegalisierung informiert, hatten die Nazis ausreichend Zeit, sich in losen Gruppen zu "dezentralisieren" oder ihre Kader in andere legale Organisationen einsickern zu lassen.

Der staatlich praktizierte Rassismus hilft darüberhinaus den Faschisten. Die kürzlich vom Frankfurter Flughafen erfolgte Nacht-und-Nebel-Abschiebung von Asylsuchenden aus dem Sudan z. B., der im Nachhinein von Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt wurde, gießt Öl ins Feuer der Nazis, die sich als konsequentere Retter der deutschen Nation im Vergleich zu den "schlappen Demokraten" aufspielen können.

Was tun?

Wiederaufnahme militärischer Interventionen des deutschen Imperialismus 56 Jahre nach dem Überfall auf Polen, bürgerliche Kahlschlag-Offensive, Ansteigen des Nationalismus und zahlreiche Faschisten in der Hinterhand - das ist die positive Bilanz für die herrschende Klasse 5 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR. Eklatanter Rechtsruck nach dieser historischen Niederlage, Preisgabe wichtiger sozialer und politischer Errungenschaften, Zerfall, Demoralisierung und Desorientierung - das ist die negative Bilanz für die Linke und Arbeiterbewegung.

"Aussteigen" aus dieser Situation mag für diese/n oder jene/n eine individuelle Perspektive sein; die Masse aber kann nicht die Koffer packen. Und so desorientiert und frustiert die Mehrheit der Lohnabhängigen in Deutschland aktuell auch sein mag - Ausbeutung, Abschiebung und Kriegstreiberei widersprechen ihrem objektiven Klasseninteresse.

Das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse ist nicht unerschütterlich, sondern widersprüchlich. Der Klassenkampf von oben hat Widerstand von unten hervorgerufen und wird es weiterhin tun. Eine revolutionäre Linke kann und muß in der politischen Praxis an den gesellschaftlichen Brüchen ansetzen und diese vertiefen. Die Voraussetzung für ein konsequentes Vorgehen ist jedoch die schonungslose Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie und dem Stalinismus. Die außerparlamentarische Linke (und hier insbesondere die an der proletarischen Revolution festhaltenden Organisationen), will sie jemals wieder auf die Beine kommen, wird deren Einfluß nur *revolutionär* überwinden können. Revolutionäre Umgruppierung und ausgewählte Interventionen in die Klasse: an dieser Methode des Aufbaus einer revolutionären Arbeiterorganisation festzuhalten, bedeutet nicht, sich Illusionen über die Schwierigkeiten dieser Aufgabe im Jahr 5 des wiedervereinigten Deutschlands zu machen. Aber an der Auseinandersetzung mit der revolutionären trotzkistischen Politik der Internationalen Bolschewistischen Tendenz werden in der Zukunft immer weniger Linke vorbeikommen können ■